

Dresdner Volkszeitung

Besitzer: Dresden
Geb. & Co. Nr. 128.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Verleger: Gehr. Bendel, Dresden

Gesamtpreis einschließlich Briefporto monatlich 6.00 M. Durch die Post bezogen vierzehntäglich 18.00 M. unter Ausnahme der Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 20 Pf.

Postkarte: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungspalz 10, Tel. 25251.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungspalz 10, Tel. 25251.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 8 geplante Rechte je 2.00 M. Familienanzeigen
1.50 M. die 8 geplante Reklamezeile 0.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe
Ermäßigung. Anzeigen sind im vorraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beauftragung 40 Pf.

Nr. 220

Dresden, Dienstag den 20. September 1921

32. Jahrg.

„Büfferstaat Rheinland“

Von Dr. J. Weitfeld, M. d. R.

Partei Männer ergeben sich neuerdings wieder in Verhandlungen über die Unabhängigkeit Deutschlands, die Voraussetzung des Ultimatums dauernd zu erhalten, und nebenheraus den Zoll zu Frankreich müssen sich nunmehr selber halten und die aldbaldige Bildung eines rheinischen Büfferraates betreiben, der die westlichen Länder für die Zukunft vor deutscher Bedrohung schützen. Der Kurs eines neutralen Abenteuers ist für die Deutschen unbedingt ebenso hoch zu verordnen wie die militärische Thaddeuszschau, deren Ausfall dann wohl verhindert werden könnte. Hierzu ist es wichtig hinzugefügt: Die Bildung dieses Abenteuers muss mit Zustimmung der Mehrzahl seiner Bewohner erfolgen.

Die können Herrn Maurice Barrès und seine Freunde aufs Sichemste verhindern, das ist die große Mehrzahl, nicht minder die erdrückende Mehrzahl der Rheinländer für die in Paris ausgesuchten Büfferraat ganz entschieden zufrieden. Wenn die Herren Barrès und seine Freunde tatsächlich durch Volksabstimmung über das politische Zentral des Rheinlandes entscheiden lassen wollen, so müssen sie ihre Hoffnungen sofort einknicken. Denn allgemeine ist die politische Unabhängigkeit im weiteren Sinne genauso entzweit, als dem Gedanken eines Büfferraates, falls er in die Tat umgesetzt würde, ein glänzendes Staats zu bereiten. Aber wir bemerken möchten, dass auch Frankreich selbst in der politischen Bildung der Rheinländer einen zölligen Beitrag bestritten hat. Seine seit Alzey anders bestehende Rheinlandspolitik hat eine Erziehungs- und Ausbildungspolitik geführt, die uns sehr reich, leider nur allen teuer erlautete Freiheit bringen muss.

Um Pariser Wahrheit kann man von einem Autonomie noch immer noch sehr ernstlich über die wahre Stimme im Rheinlande. Da kommt irgendwo ein Korrespondent eines Pariser Blattes ins Rheinland. Der Mann soll über die politische Bildung der Rheinländer berichten: — Ich höchstens berichtet er, was dahin gehen möchte wird. Der Herr Korrespondent berichtet die Leute, von denen er Pictures zu erhalten soll: Herrn Dreyfus, Herrn Smeers oder sonst einen sehr guten Arzt, und diesen schämlosen Weisheit gibt er nach Paris als Stimmenbild aus dem Rheinlande wieder. Aus Berlin ist es kein Bild, aber das französische Publikum ist kein Bild, nicht bloß das „Publikum“, sondern ebenfalls noch ein Teil der politisch führenden Leute, so lautet doch die Aussicht, dass unverhinderlich wäre, dass die Rheinländer aus freier Willensentscheidung einen Büfferraat errichten würden.

Die Wahrheit ist die Zahl der Rheinlandbündler deutlich verhältnismäßig gering wie vor einem Jahre oder noch länger. Vielleicht sind es sogar noch weniger geworden. Man weiß doch nicht darüber über den Prozessus der „Rheinischen Republik“, der den Mund um so voller nimmt, je mehr sich der „neutrale Abenteuer“ als legitime Aktion entzweit. Im Rheinlande gilt es eine Herat Seite, die nicht sehr Leute haben — genau wie liberal. Es gibt hier deswegen eine große Anzahl Leute, denen es wirtschaftlich leicht geht, was wiederum keine rheinische Spezialität ist. Die Herren und seine Rheinlandbündler führen aber den zärtlichen Anteil des Durchdringungsverlaufs etwas auf zu niedrig ein, wenn sie glauben, mit Steuerfahnen und so weiter bei ihren Tempfeln herum zu kommen. Das rheinische Verständnis, das da unmittelbar kommen soll, sobald sich nur die Rheinländer aufstellen und Berlin mitamt dem ganzen rheinischen Staate“ den verdienten Zugang geben — dieses Rheinland mit eigener Flotte, eigener Währung und eigener Armee würde in tatsächlich genau so arm sein und genau so unter den Rheinländern zu leiden haben wie das ganze Deutschland. Ja, es würde noch schwerer sein als bisher, weil es seine unentbehrlichen wirtschaftlichen Mitteln und überdauert seine Wirtschaftsverbund entzweit werden, ohne nach Westen hin irgendwelchen Erfolg zu finden. Und doch die Männer den Rheinländern aus purem Liebe zu ihnen den auf sie entfallenden Anteil der Rheinländer erlassen würden — wer ist so naiv, das zu glauben!

Weil das aber so ist, darum dulden die Rheinländer keinen für die Zeugungen des von Herrn Maurice Barrès propagierten rheinischen Büfferraates. Warum aber schon davon, das sie sich auch futschig mit Schlesien verbündet und aus verbündeten führen und die Romantik nicht von sich abreißen, die Kaiserland in seinem Ursprung zu verlieren.

Berichterstattung der Sanktionsverhandlungen

Berlin, 19. September. Die französische Regierung hat der Deutschen Regierung am 17. September folgende Note überliefert: Die kommende Regierung hat die Kurzverhandlungen der im Mai 1921 in die belagerten Gebiete gekommenen Truppen nach Karlsruhe beschlossen. Die Truppenbewegungen sollen am 16. September beginnen und vor Ende des Monats beendet sein.

Ein Erfolg der bayerischen U. S. P.

Aus Würzburg wird dem Vorwärts zu dem endgültigen Verschluß nichts gestrichen:

Unter zielbewußter Prähierung hat die Zeitung der bayerischen Sozialdemokratie es verstanden, die gründlichen Kräfte in der Bayerischen Volkspartei in ihrer Abseit von Jahr zu Jahr zu stärken und die von den Nationalsozialisten angeführten zu schwächen.

Wie jetzt es der losenartigen Sozialdemokratie gelungen ist, die ehemalige und vorbehaltlose Biederberufung fehler zu verhindern, bemüht die Stellungnahme des bekannten bayerischen Bauernführers Dr. Heim. Er setzt auf einer Parteiconferenz in Tannenhain mit viel Temperament und mit seinen bekannten Ausfällen gegen Berlin und die Weimarer Republik, aber er hält die Forderung „Auf zu Rohr“ feindselig auf. Er redet die Idioten mit denen ab, die noch von der Bayerischen Volkspartei leben und sagt: „Bei dieser Seite lösen wir uns die Verhältnisse in Bayern nicht verlieren. Wir brauchen eine Politik des Geduld und nicht eine Politik des strafsets.“

Was wird nun werden, steht in ausgeschlagener. Die mütende „Gutachter-in-Kunst-Propaganda“ in Stadt und Land ist gescheitert. Die alte Koalition ist sicher erschüttert. In der Demokratischen Partei ist die alte Jahr-Strömung durch die letzten Hochzeitsfeiern des Exministerpräsidenten so stark geworden, dass eine Rückbildung der bayerischen Demokraten zu einer Wiederherstellung Rohrs nicht zu erwarten war. Der Gegenseitig zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Demokraten stand keine äußerliche Bekämpfung durch die Künzlerverein zwischen Dr. Heim und dem Landesamtmann Hahn, die Hahn auf der erwarteten Verhandlung mitteilte. Der eigentliche Sieger der Ministerfrist ist Hahn gewesen, da er im Ministeramt verblieben ist, unter Aufhebung des Weisungsaufstandes verlor er eine Aufsicht in einer Zeit von 8 bis 10 Tagen. Auf der anderen Seite ist die bayerische Mittelpolitik klar verschwunden, weil die Bayerische Volkspartei — trotz des Schwächezwecks des Prinzen Oswald — in ihren Ausweispfeilen gegen eine Wiederherstellung Rohrs tritt. Die Wiederherstellung in die Koalition wäre nur durch die Erhaltung des alten Regimes zu erreichen gewesen. Da haben die bayerischen Zentrumsparteien, wie aus Stimmen der Bayerischen Volkspartei mit aller Einheitlichkeit zu entnehmen war, folgendes schriftliche Auskunftsstück gefunden: Rohr wird Staatspräsident, falls dieser Posten jemals bewilligt

werden sollte, und Ministerpräsident wird ein Beamter. Der ehemalige Staatsrat Schmelzle, der seit Jahr und Tag dem Ministerpräsidenten Rohr die öffentlichen Reden verfeiert, hätte den Vorzug gehabt, selbst eine Ministerrede machen zu können. Es würde aber von ihm abgehen, da er Rohr zu sehr hütet. Heute abend wird als vorzüglichster Nachfolger Rohrs mit aller Bestimmtheit der Staatssekretär im Reichspostministerium v. Spiegel genannt. An einen Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung denkt im Augenblick niemand. Sogar die Demokraten haben dies als unmöglichstcheinlich bezeichnet. Doch allemal ist die Arbeit unter Hahn die Beste, die bis zwischen einer Verstärkung von Reich und Bayern arbeitet, bisweilen unzureichend, nicht ausreichend und wird nicht unfeindlich bleiben, ob sich die Sozialdemokratie innerhalb oder außerhalb der Regierung befindet.

Keine Lösung der Sanktionsfrage

Eigene Nachrichten

Paris, 20. September. Während schwer noch die französische Presse darin besteht, Qualität habe Frankreich zusammenzutun, die rheinische Sanktion ist lange nicht aufzuhören. In ganzem Deutschland ist nicht beklagungslos der Name einer Einheit und Auseinandersetzung unterteilt, gibt heute eine Sanktion, ist am nächsten Tag wieder eine Unterscheidung zwischen den einzelnen und der sozialistischen Auseinandersetzung vorhanden. Die Deutschen für die neu zu errichtende Gattungssanktionskommission der deutschen Einheit und Auseinandersetzung zusammen. Seitens gegen Deutschland fordern, während ihr Konsistorialer dieser Sanktionen nachdrücklich Auseinandersetzung erfordert, sondern die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit Frankreichs. Die Deutschen fordern, während die Sanktionen die Freiheit und Unabhängigkeit Frankreichs nicht anstreben wollen. Die Deutschen fordern, während die Sanktionen den Charakter einer sozialistischen Auseinandersetzung im Inneren Frankreichs erfordern, sondern die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit Frankreichs. Die Deutschen fordern, während die Sanktionen die Freiheit und Unabhängigkeit Frankreichs nicht anstreben wollen. Die Deutschen fordern, während die Sanktionen den Charakter einer sozialistischen Auseinandersetzung im Inneren Frankreichs erfordern, sondern die Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit Frankreichs.

Das Koalitionsproblem

Aus Göring wird uns geschrieben:

Man braucht kein Selbsther zu sein, um zu wissen, dass auf dem Parteitag in Göring die Fragen der Koalitionspolitik und der Einigung der beiden bürgerlichen Parteien in den Vorberatungen der Eröffnungen erörtert werden. Das Wort des alten Liebknecht, geschiedenes die Lofit in 21 Stunden zum anderen, hat seine Wahrheit behalten. Und daher musste ich über kurz oder lang vermutstellen, dass der Bindungsabschluss des vorjährigen Parteitags über seine Zusage zur Regierungsbildung einfach nicht valider ist, wenn nicht die Republik und die großen proletarischen Schichten erheblichen Schaden leiden sollen.

Dies Antrag überwirkt, nach den leichten Erfahrungen des letzten Jahres, daher auch den Vorsteuertag und die anderen nachgebenden Räumungen der Partei. Wenn hat eine Schatten armieren und das preußische Beifrei hat auch deutlich erzeigt, wie die Erinnerungen an der Revolution wie der Sturm in der Sonne schwelen, wenn die Sozialdemokratie außerhalb der Regierung steht.

Atom Krüger hatte recht, als er erklärte, dass die Verhältnisse in diesem Dunkel und nach den bürgerlichen Parteien sich aus innerer und noch mehr aus außenpolitischen Gründen fortsetzen müssen müssen. Es wäre daher unverantwortliche politische Unmöglichkeit, wollte die größte proletarische Partei diese Unterdrückungsergebnisse auf ihrem künftigen Wege nicht in Betracht stellen.

Wir verstehen nicht, dass es agitatorisch ungemein wichtig war, die beiden Komiteeteien in einem Zopf zu vereinen und sie gemeinsam der Verbindung aller demokratischen Sozialisten auszufordern: aber es wäre ebenso ratschüssig, zu verhindern, dass gerade die Deutsche Volkspartei in einer einzigen Räumung und nach innen und nach außen politischen Gründen fortsetzen müssen müssen. Es wäre daher unverantwortliche politische Unmöglichkeit, wollte die größte proletarische Partei diese Unterdrückungsergebnisse auf ihrem künftigen Wege nicht in Betracht stellen.

Das Votum, wenn es ehrlich gemeint und erzielt ist gehalten wird, die jüngste Verhöhung zu schaffen, liegt in der wahren Politik ziemlich schwer: eine als im Interesse beobachtete Menge zu abseitigen sozialen Einrichtungen.

Aber zu dieser Aussicht in Verhöhungsergebnissen kommt auch die in den großen Fragen der Reparationsfragen. Ob-

wohl keinen bisher noch keine bindigen Zusammensetzung von den in der Deutschen Volkspartei organisierten Industriellen und Handelsleuten vor, aber alle Zeichen deuten darauf hin, dass auch bei ihnen die Einheit kommt, das von bestehenden Zweiten der ersten Wille und die ebenso erste Tat gezeigt werden müssen, um die gewaltigen Summen aufzubringen, die die Entente und vor allem Frankreich mit erhobenem Kopf fordert.

Die Deutsche Volkspartei ist bereits einmal nach Göring gegangen. Sie hatte sich eingeholt auf eine starke sozialistische Politik, sie wollte die Sozialversicherungsbedingungen von Saar nicht annehmen und sie wollte das Amerikundertausendmark nicht aufzuhören und mindern und sie wollte auch die sozialistische Entwicklung nicht durchdringen. Als sie aber die große Verantwortung in der Regierung fand, so fiel sie in den Unvermeidbaren.

Die Sozialdemokratie ging zwar nicht um Frieden in eine erweiterte Koalition. Wenn sie es tötet, dann brachte es einen im Interesse des Volkes, und sie wird es nur bringen unter Bedingungen, die Sicherungen für Amerikanische Demokratie, Wirtschaftsverbündung bieten und die sozialistischen, dass der Ausbau der Sozialversicherung und eine starke Sozialversicherung des Volkes im Steuerleistung erfordert.

Heute fragt und arbeitet hat auch Politiker Scheidemann auf die neue Linie zugesellt, indem er darlegt, dass wir bei der Koalitionspolitik nicht zu regen brauchen, dass die Parteien getan haben, sondern was sie in uns bereits sind. Nicht sozialistische und sozialdemokratische in Göring, sondern Anerkennung der Situation im Interesse der Arbeitnehmer bei der Aufgabe der armen Sozialdemokratischen Partei.

Diese sozialistische Koalition soll nicht ein Viererklub zur Einigung des Proletariats sein. Der Viererklub soll und muss eklöten, dass er die Einigung mit unserer Schwesternpartei von links grundlegend will. Aber nun liegt es an den Unabhängigkeiten, zu reden. Sie müssen erklären, dass sie den Verdikt über Nord weiter, wonach sie abholen mit bürgerlichen Parteien gemeinsam Politik zu machen.

Auch sie sind ja durch die Umkehrung der Regierung Wirth bereits beim Samstagtag, aber sie müssen den Plan aufzubringen, einschließlich, dass die Sozialdemokratie im Interesse des Klosterkampfes, nicht abseitige außerhalb der Regierung zu bleiben können, nur weil die Sozialisten noch für Arbeit haben.

Aber die Parteien sehen unter dem Ansatz der Interessen und außenpolitischen Machtkämpfen. Zusätzlich müssen sich auch die Unabhängigen dem Auge der Welt zeigen.

30
40
50
Pf.